

# presse

---

## **Offshore-Windpark: Nicht nur in Betrieb nehmen, auch unterstützen, Herr Röttgen**

Zur Inbetriebnahme des ersten deutschen Offshore-Windparks "alpha ventus" erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Ulrich Kelber:

Anlässlich der Inbetriebnahme des ersten deutschen Offshore-Windparks "alpha ventus" fordert Ulrich Kelber Umweltminister Röttgen auf, dafür zu sorgen, dass der Vorrang der Erneuerbaren Energien endlich auch in der Union anerkannt wird. Verlängern sich die Laufzeiten für Atomkraftwerke, sinkt das Interesse für Windparks.

Norbert Röttgen hält einen wichtigen Baustein für die zukünftige Energiepolitik in Händen. Aber die übrige Politik des Ministers und der schwarz-gelben Koalition führt in die entgegengesetzte Richtung: Mit alpha ventus wird der erste seegestützte Windpark dazu beitragen, den Strombedarf an Land zu decken. Aber um bis zum Jahr 2020 tatsächlich zehn Gigawatt ans Netz zu bringen, musste die SPD gegen den Widerstand der Union in der letzten Legislaturperiode einen beschleunigten Netzausbau für Offshore-Windkraft durchsetzen. Inzwischen bekennt der Umweltminister Röttgen mit seiner Initiative für einen Netzgipfel, dass es beim Stromtransport einen zusätzlichen Ausbau geben muss, um den Strom an Land zu bringen. Damit bestätigt er unsere ambitionierten Ziele, die er in seiner Zeit als Geschäftsführer der Fraktion torpedieren half.

Strom aus Offshore-Windkraft ist zudem durch verlängerte Laufzeiten für

Atomkraftwerke (AKW) bedroht. Rund 50 Prozent der genehmigten Windparkprojekte auf See fallen in das Eigentum der AKW-Betreiber. Verlängern sich die Laufzeiten, sinkt automatisch das Interesse an den Windparks. Längere Laufzeiten werden überdies den Einspeisungsvorrang für die Erneuerbaren Energien infrage stellen. Zeitweise stillstehende AKW sind genau das, was die Betreiber nicht wollen.

Norbert Röttgen erntet heute die Früchte, die Sigmar Gabriel in der Zeit davor gesät hat. Und er feiert mit der Inbetriebnahme eine Technik, die seine eigene Partei bis heute immer wieder mit Füßen tritt.